

Frage 1: Bestellung eines/einer Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in der Landesregierung

Antwort der CDU:

Die Bestellung eines Landesbeauftragten ist langjährige Praxis, die lediglich in der grün-roten 15. Legislaturperiode (2011-2016) versäumt worden. In den CDU-geführten Landesregierungen Baden-Württembergs hatten die Heimatvertriebenen und Aussiedler hingegen immer einen festen Ansprechpartner und auch in der aktuellen Landesregierung mit CDU-Beteiligung haben wir wieder für diesen festen Ansprechpartner auf Regierungsseite gesorgt. Aktueller Landesbeauftragter ist der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl von der CDU. Bei einer erneuten Regierungsbeteiligung der CDU werden wir an diese gute Praxis anknüpfen und natürlich wieder einen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler bestellen.

Antwort Bündnis 90/die Grünen:

Die Pflege und der Erhalt des Kulturguts der deutschen Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler*innen ist nach dem Bundesvertriebenengesetz Aufgabe des Innenministeriums. In der aktuellen Landesregierung fungiert der Innenminister auch als Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler. Wir können uns eine Fortsetzung dieser Praxis vorstellen.

Antwort SPD:

Dies unterstützen wir vollumfänglich.

Antwort FDP:

Wir stehen dem Beauftragtenwesen zwar grundsätzlich kritisch gegenüber, zumal wenn die Aufgaben des Beauftragten von einem Minister wahrgenommen werden, zu dessen ministeriellen Geschäftsbereich diese Aufgaben bereits von Amts wegen gehören. Allerdings werden wir die Position eines ehrenamtlichen Landesbeauftragten, der die politischen Interessen der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Kriegsgeschädigte von 1976 bis 2011 in Baden-Württemberg wahrnahm, nicht infrage stellen.

Antwort der AFD:

Der Alternative für Deutschland sind Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler von hoher Bedeutung. Geschichte und Kultur hängen untrennbar miteinander zusammen. Durch geschichtliches Erleben entsteht Kultur und Kultur ist geschichtlich gewachsen. Beides zusammen ergibt unsere Identität als Menschen und als Europäer im Zentrum unseres kulturell bedeutsamen Kontinents. Die Sprache ist das wichtigste, aber nicht das alleinige, Bindeglied unserer Schicksalsgemeinschaft. Kultur und Sprache sind in ihrer Vielfaltigkeit zu pflegen und zu bewahren. Dies ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die verschiedenen Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen nehmen hier eine besonders wichtige Stellung ein, da sie einzigartiges Kulturgut pflegen und bewahren.

Der Landesbeauftragte für die Belange der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler soll den regelmäßigen Dialog mit dem BdV, den Landsmannschaften und Heimatgruppen pflegen und bewahren.

Frage 2: Intensivieren der grenzüberschreitenden Aktivitäten

Antwort der CDU:

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des BdV und der Landsmannschaften (LM) begrüßen wir sehr. Das Land fördert den BdV und LM institutionell (401.500 EUR) und projektbezogen (433.800 EUR) mit jährlich insgesamt 835.300 TEUR. Wir als CDU setzen uns für eine Verstärkung der Förderung ein.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Uns Grünen ist es wichtig, dass Europa weiter zusammenwächst. Je mehr wir in der EU und mit den angrenzenden europäischen Ländern in den verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten, desto stärker wird der Zusammenhalt. Der Bund der Vertriebenen hat mit seiner Arbeit zur Verständigung, Aussöhnung und Freundschaft zwischen den Völkern beigetragen.

Baden-Württemberg als Ursprungsland der Donau engagiert sich bereits intensiv in der Donaunraumstrategie. Diese wollen wir Grüne über die wirtschaftliche Kooperation hinaus als politisches Projekt weiterentwickeln. Dafür möchten wir Austauschprojekte für Studierende, Azubis und Schüler*innen, für Start-ups und im Wissenschafts- und Medienbereich fördern. Wir wollen grenzüberschreitende Aktivitäten unterstützen, die einen Beitrag für Entwicklung und Zusammenhalt leisten können. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf den Bereichen Wirtschaft, berufliche Bildung, Umwelt, kulturelle Zusammenarbeit sowie Hilfe zur Selbsthilfe und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit.

Antwort der SPD:

Dies begrüßen wir und wir möchten den BdV darin unterstützen, dies so fortsetzen zu können. Die Aktivitäten werden weiterhin ideell und finanziell unterstützt und gefördert

Antwort der FDP:

Zu 2 und 3:

Grenzüberschreitende Patenschaften sind wegweisend für die Bewahrung von Erinnerung und Kultur und für ein ehrliches und versöhnliches Zusammenleben. Wir wollen sie ideell und finanziell unterstützen. Grenzüberschreitende Patenschaften sind wegweisend für die Bewahrung von Erinnerung und Kultur und für ein ehrliches und versöhnliches Zusammenleben. Wir wollen sie ideell und finanziell unterstützen.

Antwort der AfD:

Seit 1989 ist die Möglichkeit gewachsen, positive Impulse auch in den Herkunftsgebieten zu setzen und so vor Ort gefährdete und verlassene Kulturgüter zu retten. Auch der Austausch mit jetzt noch in den dortigen Herkunftsgebieten lebenden Deutschen und deren kulturelle sowie materielle Unterstützung ist von großer Bedeutung für die AfD. Grenzüberschreitende Kongresse zu kulturellen und politischen Fragen können Brücken bauen und das Augenmerk auf Gemeinsamkeiten der Geschichte zu lenken. Die hier entwickelten Aktivitäten im Bereich der Kultur, Bildung und Wissenschaft sollen weiterhin ideell und finanziell auskömmlich unterstützt werden. Auf diese Weise kann hier die gemeinsame, oft schmerzliche Geschichte Europas in einen positiven Impuls münden. Das „Haus Europa“ darf hierbei jedoch nicht mit einer wie auch immer gearteten Idealisierung der Europäischen Gemeinschaft einhergehen, da die momentane Gestaltung der EU gerade viele Herkunftsgebiete der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler nicht umfasst und sie sich politisch oftmals sogar in scharfen Kontrast zu deren gegenwärtiger Regierung befindet.

Frage 3: Regelmäßigen Austausch der Patenschaftsgemeinden/Partnerschaftsgemeinden („Patenschaftskongress/Partnerschaftskongress“)

Antwort der CDU:

Die Unterstützung von Kommunen und Landkreisen durch die Übernahme von Patenschaften hat das gedeihliche Miteinander zwischen deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern und den jeweiligen Kommunen äußerst positiv beeinflusst. Diese Patengemeinden / Partnergemeinden sollen in einen stärkeren grenzüberschreitenden Dialog eintreten, um vor allem neue Aktivitäten gemeinsam weiter auszubauen. Hierfür wird ein regelmäßig stattfindender „Partnerschaftskongress / Patenschaftskongress“ nach der Pandemie fortgesetzt. Das Land Baden-Württemberg engagiert sich – bspw. im Rahmen seiner Donauraum-Strategie - aktiv sowohl bei den örtlichen ostdeutschen Patenschaften, als auch den daraus entstandenen Partnerschaften.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Kommunale Partnerschaften sind wichtig, um den Zusammenhalt in Europa zu fördern. Wir wollen die Kommunen dazu ermutigen, die bestehenden Partnerschaften weiter zu pflegen und mit Leben zu füllen. Ob dazu ein Kongress notwendig ist, ist für uns aber fraglich. Die Donauraumstrategie ist für uns ein sehr wichtiges Projekt. Diese wollen wir Grüne über die wirtschaftliche Kooperation hinaus als politisches Projekt weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang können schon bestehende Partnerschaften und Kontakte sehr gewinnbringend sein. Wir freuen uns über alle, die sich hier einbringen möchten.

Antwort der SPD:

Dies begrüßen wir und wir möchten ein Engagement des Landes bei den Paten- und Partnerschaften.

Antwort der FDP:

Siehe unter Punkt 2

Antwort der AfD:

Partnerschaften und Patengemeinden leisten einen wertvollen Beitrag zu diesem Austausch und sollen weiterhin gepflegt und aktiv ideell und finanziell unterstützt werden. Auch die Partnerschaftskongresse sollen hierbei fortgesetzt werden. Die AfD hat sich früh für eine Wiedereröffnung insbesondere der kulturellen Einrichtungen ausgesprochen. Gerade bei Museen und Ausstellungen ist die Einhaltung der coronabedingten Abstands- und Hygieneregeln und die Erstellung eines coronakonformen Ausstellungskonzeptes problemlos möglich. Sobald unter Einhaltung der Corona-Regeln Konzerte wieder möglich sind, sollen diese verstärkt wieder aufgenommen werden.

Frage 4: Ausstellungen

Antwort der CDU:

Gesellschaftliches Leben kommt für uns auch in Kunst und Kultur zum Ausdruck. Unser Land besticht durch sein reiches künstlerisches und kulturelles Erbe und bietet auch heute eine ebenso lebhaft wie vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft. Diese wollen wir auch in der Krise erhalten. Daher war es uns ein Anliegen auch dieser Branche mit Corona-Hilfen zur Seite zu stehen, da die Pandemie dieser Branche und ihren Akteuren viel abverlangt.

Das dem CDU-geführten Innenministerium angegliederte „Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg“ (HdH, Stuttgart) macht kulturelle Breitenarbeit. Es bietet Veranstaltungen und Projekte für die breite Öffentlichkeit an, z. B. Vorträge und literarische Veranstaltungen/Lesungen – regelmäßig mit entsprechender musikalischer Begleitung –, Schülerwettbewerbe, Donauschwäbischer und Russlanddeutscher Kulturpreis. Daneben hat das Haus eine Präsenz- und Verleihbibliothek mit rund 30.000 Medien zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Überdies finden sich im HdH erst jüngst renovierte Ausstellungsräume, in denen zwei bis drei Mal jährlich themenbezogene Ausstellungen gezeigt werden, die teilweise auch in anderen Städten in Baden-Württemberg oder sogar deutschlandweit gezeigt werden.

In Ulm befindet sich das „Donauschwäbische Zentralmuseum“, eine Stiftung des Bundes, des Landes, der Stadt Ulm und der donauschwäbischen Landsmannschaften, welches mit einer Ausstellungsfläche von rund 1.500 qm besticht. Es hat im Jahr 2000 den Museumsbetrieb aufgenommen und wird derzeit räumlich renoviert und inhaltlich überarbeitet (Konzept der Dauerausstellung, Einsatz neuer Medien, familienfreundlicher). Die Neueröffnung ist für November 2021 vorgesehen.

Aktivitäten des Landes im Zusammenhang mit Kultur erfolgen z. B. im Rahmen der Vergabe des Donauschwäbischen und des Russlanddeutschen Kulturpreises (jährlich abwechselnd und dotiert mit 5.000 EUR/Hauptpreis und 2.500 EUR/Förderpreis; daneben gibt es einen nichtdotierten Förderpreis).

Wir wollen in der künftigen Legislaturperiode die Landesförderung für Amateurtheater sowie Heimat- und Trachtenverbände um mindestens 50 Prozent erhöhen und gleichzeitig Kindern und Jugendlichen dauerhaft freien Eintritt in den Landesmuseen ermöglichen. Damit wollen wir einen Beitrag leisten, um die Landesmuseen für junge Besucher aller gesellschaftlichen Gruppen weiter zu öffnen.

Heimatvertriebene und Aussiedler sind mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für Baden-Württemberg. Ihr kulturelles Erbe ist heute ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Dieses Erbe gilt es zu erhalten, auszubauen und sichtbar zu machen. Dafür setzen wir uns als CDU auch künftig ein.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Kunst, Kultur und unser vielfältiges kulturelles Erbe in ganz Baden-Württemberg zu fördern, liegt uns ganz besonders am Herzen. Deshalb haben wir als grün-geführte Landesregierung den Kulturstandort Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Diese Politik, die unser Land als Kulturstandort aktiv gestaltet, wollen wir fortführen. Dabei können selbstverständlich auch Künstler*innen mit einem Vertriebenen- oder Spätaussiedlerhintergrund eine wichtige Rolle spielen. Ihre Geschichte gehört zu Baden-Württemberg dazu. Uns ist bewusst, dass die Corona-Krise gerade im kulturellen und künstlerischen Bereich schwerwiegende Auswirkungen hat. Sobald es die pandemische Lage zulässt, werden wir die Voraussetzungen schaffen, damit das Ausstellungswesen schnellstmöglich in all seiner Vielfalt wieder anlaufen kann.

Zu Frage 4: Ausstellungen:

Antwort SPD:

Die Organisation von Ausstellungen im Landtag oder in Museen des Landes unter Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern, die im BdV organisiert sind, befürworten wir.

Antwort FDP:

Die Corona-Pandemie mit ihren leider notwendigen Veranstaltungsverböten hat den privaten, kirchlichen und kommunalen Kultureinrichtungen und den selbstständig arbeitenden Künstlern sehr geschadet, sodass bei vielen von ihnen sogar die wirtschaftliche Existenz gefährdet ist. Die meisten Kulturschaffenden können seit beinahe einem Jahr ihrer beruflichen Betätigung nicht oder kaum nachgehen, weshalb staatliche Hilfen fraglos notwendig und existenzsichernd sind. Wir Freie Demokraten befürworten neben diesen direkten Hilfen den Weg, das künstlerische Leben durch mehr Nachfrage nach künstlerischen Leistungen zu fördern und wollen die Jahre 2021 und 2022 durch eine besondere Förderung zu baden-württembergischen Kulturjahren machen. Dabei wollen wir auch die Aufbau- und Integrationsleistung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge zum Gegenstand, etwa von Landesausstellungen, machen.

Antwort AfD:

Die AfD hat sich früh für eine Wiedereröffnung insbesondere der kulturellen Einrichtungen ausgesprochen. Gerade bei Museen und Ausstellungen ist die Einhaltung der coronabedingten Abstands- und Hygieneregeln und die Erstellung eines coronakonformen Ausstellungskonzeptes problemlos möglich. Sobald unter Einhaltung der Corona-Regeln Konzerte wieder möglich sind, sollen diese verstärkt wieder aufgenommen werden.

Frage 5: Erhalt der Heimatstuben:

Antwort der CDU:

In den Südwesten kamen nach dem Zweiten Weltkrieg eineinhalb Millionen Heimatvertriebene. Für diese Menschen war es eine Herausforderung, sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden und das Erlebte zu verarbeiten. Sie haben viel investiert, um sich eine neue Existenz aufzubauen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Das Land hat 2012 eine Broschüre „Gerettet - Gesammelt - Gesichert: Heimatsammlungen von Vertriebenen und Flüchtlingen in Baden-Württemberg“ herausgegeben. Sie gibt Auskunft über 58 Sammlungen in Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg aus den unterschiedlichsten Herkunftsgebieten unserer heimatvertriebenen Landsleute. Mit der Erfassung von verschiedenen Daten der Heimatstuben wurde mit dem Haus der Heimat ein Schritt zur Sicherung der Heimatsammlungen getan. Wir regen an, auf die Kommunen zuzugehen mit dem Vorschlag, die Heimatsammlungen in ihre städtischen Sammlungen und Museen zu integrieren.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Zu dieser Forderung nehmen wir zusammen mit Forderung 6 Stellung (s.u.).

Antwort der SPD:

Eine angemessene Unterstützung der Sammlungen befürworten wir und möchten wir beibehalten. Auch die Arbeit des Hauses der Heimat möchten wir weiter fördern und unterstützen, eine gesetzliche Regelung hierzu sehen wir jedoch nicht unbedingt als notwendig an.

Antwort der FDP: Zu 5 und 6:

Die innere Stärke unseres Landes beruht nicht nur auf den aktuell vorhandenen Kompetenzen und den Leistungen der Menschen, sondern auch auf dem Wissen um die eigene Herkunft, den gewachsenen Strukturen und den im Laufe der Geschichte gewonnenen gemeinsamen Wertvorstellungen. Es zählt zu den Aufgaben des Landes, dieses Wissen und das Bewusstsein der eigenen Geschichte und Traditionen zu sichern und zu vermitteln. Deshalb nehmen die Freien Demokraten die Pflege des Kulturgutes der Heimatvertriebenen sehr ernst. Die Heimatvertriebenen haben das Land auch kulturell bereichert. Daher hatten wir in der letzten CDU-FDP-Koalition im Land festgelegt, dass die gesetzliche Verpflichtung des Landes nach § 96 Bundesvertriebenengesetz, das Kulturgut der Vertriebenen aus ihren Herkunftsgebieten zu pflegen und zu erhalten, ernst genommen werden soll. Die Einrichtung des gemeinsam von Bund und Ländern getragenen „Zentrum gegen Vertreibungen“ unterstützten wir.

Antwort der AfD:

Die AfD wird sich für den Erhalt und die Förderung der Heimatstuben und deren Sammlungen einsetzen. Die ehrenamtliche Arbeit soll ideell und materiell angemessen gefördert werden. Die bestehenden Häuser in Stuttgart, Karlsruhe und Heilbronn sollen aufgewertet werden, um die Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler auch der jüngeren Generation sowie den Einheimischen besser nahezubringen. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass in einem Zentralarchiv, möglicherweise am Hauptstaatsarchiv angegliedert, wichtige Archivbestände gesammelt werden. Dies wird der zentralen Bedeutung gerecht, die Spätaussiedler und Heimatvertriebene für die Geschichte unseres Landes haben. Auf diese Weise können die Objekte auch wissenschaftlich ausgewertet werden, um eine Darstellung der Geschichte zu ermöglichen, die der Bedeutung dieses Aspektes unserer Kultur angemessen ist.

Frage 6: Stärkung der „Häuser der Heimat“ in der Fläche

Antwort der CDU:

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge im Bewusstsein zu halten und auf das bestehende Leid in der Welt, auf Flucht, Vertreibung und Völkerrechtsverbrechen hinzuweisen. Daher begrüßen wir die Häuser der Heimat. Das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg ist als Landeseinrichtung dem gesetzlichen Auftrag (§ 96 BVFG) verpflichtet, die Kultur und Geschichte der Deutschen des östlichen Europa zu pflegen und zu erhalten. Die Immobilie ist eine des Landes. Der BdV und die LM sind Teil des HdH und nutzen die Veranstaltungsräumlichkeiten des HdH für ihre Zwecke. Demgegenüber sind die Häuser der Heimat in Karlsruhe und Heilbronn jedoch Einrichtungen des BdV.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Kulturelle Angebote soll es nicht nur in den Ballungszentren des Landes geben, sondern auch in ländlich geprägten Regionen. Das ist uns wichtig. Dabei sind wir in regem Austausch mit den Kommunen. Sie tragen ebenfalls einen wichtigen Teil dazu bei, die kulturelle Landschaft in Baden-Württemberg zu erhalten, zu fördern und auszubauen. In diesem Zusammenhang sind auch die genannten Heimattstuben und die Häuser der Heimat in Karlsruhe bzw. Heilbronn zu sehen. Sie sind schon jetzt über das Land verteilt. Als Teil unseres kulturellen Erbes haben wir ein Interesse daran, sie zu erhalten. Dazu bleiben wir im Austausch mit den Kommunen und mit dem Haus der Heimat in Stuttgart. Eine gesetzliche Neuregelung halten wir nicht für erforderlich.

Antwort der SPD:

Das dem Innenministerium zugeordnete Haus der Heimat in Stuttgart wird weiter unterstützt. Angesichts der Haushaltslage des Landes sehen wir darüber hinaus keine Möglichkeit, weitere Häuser zu fördern

Antwort der FDP:

Die innere Stärke unseres Landes beruht nicht nur auf den aktuell vorhandenen Kompetenzen und den Leistungen der Menschen, sondern auch auf dem Wissen um die eigene Herkunft, den gewachsenen Strukturen und den im Laufe der Geschichte gewonnenen gemeinsamen Wertvorstellungen. Es zählt zu den Aufgaben des Landes, dieses Wissen und das Bewusstsein der eigenen Geschichte und Traditionen zu sichern und zu vermitteln. deshalb nehmen die Freien Demokraten die Pflege des Kulturgutes der Heimatvertriebenen sehr ernst. Die Heimatvertriebenen haben das Land auch kulturell bereichert. Daher hatten wir in der letzten CDU-FDP-Koalition im Land festgelegt, dass die gesetzliche Verpflichtung des Landes nach § 96 Bundesvertriebenengesetz, das Kulturgut der Vertriebenen aus ihren Herkunftsgebieten zu pflegen und zu erhalten, ernst genommen werden soll. Die Einrichtung des gemeinsam von Bund und Ländern getragenen „Zentrum gegen Vertreibungen“ unterstützten wir.

Antwort der AFD:

-keine, siehe Frage 6 und 7

Frage 7: Einrichtung eines Zentralarchivs

Antwort der CDU:

In Baden-Württemberg werden z. B. Nachlässe oder Bücher dem Institut für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (Tübingen) zur Übernahme angeboten. Nach Sichtung entscheidet das Institut über eine Übernahme. Leider wird dabei immer wieder festgestellt, dass z. B. Bücher vom Eigentümer als wertvoll betrachtet werden, welche aber in einer Vielzahl bereits anderweitig vorhanden sind. Der ideelle Wert der Bücher hat oftmals einen hohen Stellenwert für die Eigentümer. Aus Sicht der CDU wäre es eine gangbare Möglichkeit, mit dem Staatsarchiv in Kontakt zu treten und zu bitten, dass das Archiv die angebotenen Bücher bewertet und ggfs. in ihr Archiv übernimmt. Die Bücher könnten dann entweder vor Ort eingesehen oder auch ausgeliehen werden.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Wichtige zeitgeschichtliche Dokumente zu bewahren, ist uns Grünen ein wichtiges Anliegen. Sollte hier die Archivierung in großen Teilen des Bestands gefährdet sein, muss eine Lösung gefunden werden, um den Erhalt zu sichern.

Antwort SPD:

Zeitgeschichtliche Zeugnisse gilt es zu erhalten. Deshalb werden wir prüfen, in welcher Form dies am besten zu bewerkstelligen ist.

Antwort FDP:

Bei der Erschließung der politischen und Geistesgeschichte des Landes wird das Land von einer Vielzahl lokaler und oft ehrenamtlicher Aktivitäten unterstützt. Wir schätzen dieses Netzwerk der Landes- und Heimatgeschichte und wollen es auch in Zeiten der Globalisierung erhalten, denn es bindet die Menschen an unser Land. Daneben befürworten wir die zentrale Sammlung der Archivalien der Vertriebenen und ihrer Organisationen im Land im Hauptstaatsarchiv.

Antwort AfD:

Die AfD wird sich für den Erhalt und die Förderung der Heimatstuben und deren Sammlungen einsetzen. Die ehrenamtliche Arbeit soll ideell und materiell angemessen gefördert werden. Die bestehenden Häuser in Stuttgart, Karlsruhe und Heilbronn sollen aufgewertet werden, um die Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler auch der jüngeren Generation sowie den Einheimischen besser nahezubringen. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass in einem Zentralarchiv, möglicherweise am Hauptstaatsarchiv angegliedert, wichtige Archivbestände gesammelt werden. Dies wird der zentralen Bedeutung gerecht, die Spätaussiedler und Heimatvertriebene für die Geschichte unseres Landes haben. Auf diese Weise können die Objekte auch wissenschaftlich ausgewertet werden, um eine Darstellung der Geschichte zu ermöglichen, die der Bedeutung dieses Aspektes unserer Kultur angemessen ist.

Frage 8: Einrichtung eines Baden-Württemberg-weiten Gedenktages für deutsche Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Antwort der CDU:

Wir als CDU halten es für notwendig, auch bei uns in Baden-Württemberg einen landesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung wie in Hessen, Bayern und Sachsen einzuführen.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen, Dimensionen und Folgen von Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration in Geschichte und Gegenwart halten wir für wichtig. Seit dem Jahre 2015 gibt es einen bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Wir setzen uns dafür ein, dass der bundesweite Gedenktag am 20. Juni in Baden-Württemberg dem Anlass entsprechend begangen wird.

Antwort SPD:

Die Einrichtung eines zusätzlichen Gedenktages wird von uns nicht befürwortet

Antwort FDP:

Am 5. August 1950 wurde in der Villa Reitzenstein die Charta der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet. Die Heimatvertriebenen haben darin auf Rache und Vergeltung verzichtet und sich für ein geeintes Europa, in dem die Völker ohne Zwang und Furcht leben können, ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund wäre ein Gedenktag aus der Sicht Baden-Württembergs interessant. Allerdings geben wir zu bedenken, dass die Vielzahl von Gedenktagen jedoch bereits heute bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis und/oder Desinteresse stößt. Daher könnte die Festschreibung eines weiteren Gedenktages, so ehrenhaft das Anliegen auch sein mag, eher kontraproduktiv sein und muss sorgfältig abgewogen werden.

Antwort der AFD:

Ein landesweiter Gedenktag kann der Bedeutung der Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler für die Entwicklung unseres Landes Ausdruck verleihen und diese in lebendiger Erinnerung halten. Die kulturelle Breitenarbeit und die grenzüberschreitenden Maßnahmen des BdV, der Landsmannschaften und Heimatgruppen, sind zu prüfen und wo notwendig aufzustocken.

Frage 9: Dauerhafte institutionelle und andere Förderung des BdV und der Landsmannschaften

Antwort der CDU:

Nach einem Rückgang der Fördermittel unter der grün-rot geführten Landesregierung von 901.000 Euro auf 700.000 Euro (2013 bis 2014) wurden die Fördermittel danach stetig erhöht und haben 2020 ein Volumen von 835.300 EUR erreicht. Wir als CDU werden uns für eine dauerhafte und – wo nötig – auch eine erhöhte Förderung einsetzen.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Als Folge der Corona-Pandemie stehen die öffentlichen Haushalte vor immensen Herausforderungen. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir deshalb aktuell keine konkreten Aussagen zur zukünftigen Entwicklung der Landesförderung machen können.

Antwort der SPD:

Den BdV und die Landsmannschaften werden wir in der bewährten Weise auch zukünftig fördern

Antwort der FDP:

Siehe bei Frage 10

Antwort der AFD:

- Keine

Frage 10: Die Corona-Pandemie trifft die Verbände sehr hart. Sozialkontakte fehlen. Ehrenamtliche Strukturen drohen auseinander zu brechen.

Antwort der CDU:

Die Corona-Pandemie hat vielen Verbänden und Vereinen zugesetzt, die Verbände und Landsmannschaften trifft es aber besonders hart. Zur Abfederung von corona-bedingten Mehrausgaben haben der BdV und die Landsmannschaften aus dem beim CDU-geführten Innenministerium angesiedelten Corona-Hilfsprogramm insgesamt 186.000 Euro erhalten. Dies war uns ein wichtiges Anliegen. Daneben wurden und werden die jährlichen Fördermittel (Festbetragsförderung) für Breitenarbeit und für Projekte ausgezahlt. Eine weitergehende Förderung lässt sich nur mit einer im Haushalt verankerten Erhöhung der Fördermittel realisieren. Deren Prüfung nehmen wir gerne in etwaige künftige Haushaltsverhandlungen mit.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor enorme Herausforderungen. Besonders belastend ist es für viele, dass Treffen und andere Aktivitäten aktuell nicht in Präsenz möglich sind. Es lässt sich bisher noch nicht abschätzen, welche Folgen dies in Zukunft haben wird. Gerade auch ehrenamtliche Strukturen sind von den Corona-Einschränkungen besonders betroffen. Es besteht zudem die Sorge, dass nicht alle Ehrenamtlichen ihre Tätigkeit nach der Krise weiterführen werden. Hier kommt vermutlich eine große Herausforderung auf die Verbände zu, die durch breites ehrenamtliches Engagement getragen werden. Wir Grüne haben uns schon vor der Krise dafür eingesetzt, das Ehrenamt zu stärken. Deshalb steht für uns außer Frage: Falls bei den Verbänden nach der Krise „Wiederaufbauarbeit“ im ehrenamtlichen Bereich notwendig ist, werden wir sie dabei unterstützen, wo dies möglich ist.

Antwort der SPD:

Die Auswirkungen sind für viele Verbände, Vereine und Institutionen hart. Im Rahmen der für diese Organisationen aufgelegten Förderprogramme wird selbstverständlich auch die Arbeit des BdV und der Landsmannschaften unterstützt.

Antwort der FDP:

Vertriebenenorganisationen leisten eine wichtige Arbeit. Gerade die soziale Komponente des Engagements in Vereinen ist der Kitt, der die Gesellschaft im Innersten zusammenhält. Aufgrund der infektionsschützenden Maßnahmen haben es die Vereine aber leider besonders schwer, ihre Mitglieder und Aktiven zusammenzubringen. Deshalb wollen wir das Ehrenamt in Baden-Württemberg auch weiterhin unterstützen. Dazu gehört die Entlastung von Auflagen und Bürokratie, aber auch gezielte Unterstützung und Förderung. Aufgrund der Corona-Pandemie sind ehrenamtliche Strukturen derzeit – besonders in Vereinen – gefährdet. Diese möchten wir daher durch gezielte und zeitlich befristete Förderprogramme unterstützen. Wir treten auch für eine Ehrenamtskarte nach bayerischem Vorbild ein. Die Arbeit der Vertriebenenorganisationen wollen wir institutionell fördern, wie wir dies schon in der Vergangenheit getan haben.

Zu Frage 10: Die Corona-Pandemie trifft die Verbände sehr hart. Sozialkontakte fehlen. Ehrenamtliche Strukturen drohen auseinander zu brechen.

Antwort der AfD:

Nach der Corona-Krise sollen zudem verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um an die bisherige erfolgreiche Arbeit in den Häusern und Erinnerungsorten anzuknüpfen und diese weiter aufrecht zu erhalten. Gerade für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ist der soziale Kontakt mit Freunden, mit denen gemeinsam sie bereits in der alten Heimat verbunden waren und weiterhin sind, ein existenziell wichtiger Teil Gemeinschaftslebens. Die AfD wird die nach Kräften fördern und finanziell sowie ideell unterstützen.